

BUCHBESPRECHUNGEN

IRIS HAMEL

VÖLKISCHER VERBAND
UND NATIONALE GEWERKSCHAFT

Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband 1893 bis 1933. Bd. VI der Veröffentlichungen der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg. Europäische Verlagsanstalt Frankfurt/Main 1967. 290 S., Ln. 24,— DM.

Diese Geschichte des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes (DHV), der einst größten deutschen Angestelltengewerkschaft, ist in erster Linie der politischen Rolle und Bedeutung des DHV gewidmet und nur in geringem Maße seinem gewerkschaftlichen Wirken. Die Verfasserin klammert das Gesamtgebiet seiner sozialpolitischen Aktivität ausdrücklich aus, da es der Studie einen Umfang verliehen hätte, der ihrer Beendigung in nützlicher Frist entgegenstand. Aber das bildet keinen Nachteil, denn schon die wenigen aus der Frühzeit des DHV aufgeführten sozialpolitischen Forderungen des Verbandes zeigen, wie er dem Vorgehen anderer Arbeitnehmerorganisationen nur zaghaft folgte und nie zur sozialpolitischen Avantgarde der Angestelltenschaft zählte. Trotz seiner später erreichten hohen Mitgliederzahl blieb der DHV auf diesem Gebiet zweitrangig, und daher ist auch der gewerkschaftliche Aspekt seiner Geschichte von beschränktem Interesse.

Um so bedeutsamer war aber seine politische Rolle. Nie eigentlich einer Partei ausschließlich verbunden, hat er doch die nationalistische und antisemitische Ideologie fünfzig Jahre lang tief in die deutschen Mittelschichten hineingetragen und ist so mit einer viel ausgedehnteren Breitenwirkung als die betont antisemitischen Parteien und völkischen Vereine zum Wegbereiter des Nationalsozialismus geworden.

Diese Rolle des DHV von den ersten Anfängen an in einer quellenmäßig solid fundierten Untersuchung eingehend dargestellt zu haben, ist das große Verdienst von Iris Hamel. Sie führt nicht nur durch das Labyrinth der antisemitischen Gruppen und Grüppchen der achtziger und neunziger Jahre des 19. Jahrhunderts, zeigt, wie manche der in diesen Gruppen aktiven Personen als Mitgründer und erste Funktionäre des DHV den Verband auf den „völkischen“ Weg drängten, sie stellt auch die ideologischen Akzentverschiebungen des deutschen Antisemitismus und Nationalismus am Beispiel des DHV dar. Auch beweist sie die erforderliche soziologische Einsicht, um die Anfälligkeit der von der Entwicklung zur modernen Industriegesellschaft bedrohten und verängstigten deutschen Kleinbürger, Handwerker, Einzelhändler für alle romantisch-reaktionären Ideologien, vornehmlich für Nationalismus und Antisemitismus verständlich zu machen. Der DHV war von Anfang an durch solche Ideologien beeinflusst, blieb stets in enger Nachbarschaft aller nationalistischen Bewegungen, machte deren ideologische Entwicklung in allen Phasen mit (was Iris Hamel ausführlich und sehr instruktiv beschreibt), und hat sie den nachwachsenden Generationen eifrigst eingepflegt, nicht zuletzt, um damit seine Gegnerschaft gegen die Sozialdemokratie und die ihr nahestehenden Gewerkschaften zu untermauern.

Das war für ihn verbandspolitisch um so notwendiger und brachte ihn anfänglich in die Nähe der alten Antisemitenparteien, später in die der NSDAP, als seine bescheidenen sozialen Forderungen bei den großen Rechtsparteien, den Konservativen und später den Deutschnationalen, wegen der dort vorherrschenden Arbeitgeberinteressen auf Widerstand und Ablehnung stießen. In der letzten Phase der Weimarer Republik suchte die DHV-Führung Anlehnung an die Volkskonservativen, die sich mit dem Abgeordneten *Treviranus* von den Deutschnationalen wegen deren immer ausgeprägterem Rechtskurs unter *Hugenberg* losgelöst hatten.

Aber da war es schon zu spät. Die große Masse der mit dem Arierparagrafen der Verbandssatzung, mit antisemitischer Agitation und völkischer „Bildungsarbeit“ verhetzten Mitglieder war in den Sog des Nationalsozialismus geraten und beschränkte durch heftige

Proteste die Aktions- und politische Bewegungsfreiheit der Verbandsleitung. Das Ende war dann auch für den DHV die Gleichschaltung durch die Nazis.

Außer der übersichtlichen Darstellung der Verbandsgeschichte bringt das Buch von Iris Hamel reichliches Material über die Entwicklung der antisemitischen Bewegungen in Deutschland, nicht zuletzt auch über den Einfluß des DHV auf das literarische Leben, gehörten ihm doch schließlich nicht nur die Hanseatische Verlagsanstalt, sondern auch die bekannten Münchner Verlage Albert Langen und Georg Müller.

In einer Zeit, da sich in der Bundesrepublik angesichts der „zweiten industriellen Revolution“ wieder ein Aufflackern rechtsextremistischer Tendenzen nur zu deutlich zeigt, ist das Buch von Iris Hamel besonders wertvoll, weil es die sozialen und geistigen Voraussetzungen für die damals eingetretene nationalsozialistische Bewußtseinsverirrung aufzeigt und damit auch die Lehren, welche sich für die unmittelbare Gegenwart aufdrängen.

Walter Gyssling

ROBERT HAERDTER

TAGEBUCH EUROPA

Stätten und Zeiten. Verlag Kurt Desch, München 1967. 612 S., Ln. 28 DM.

Aus der gesamt-europäischen Landschaft hat sich Haerdter fünfundzwanzig Stätten, d. h. Gebäude, Städte, Plätze, herausgesucht, in denen sich Ereignisse abgespielt haben, die seiner Ansicht nach Wendepunkte oder Meilensteine auf dem Wege der historischen Entwicklung Europas darstellen. Diese Reihe fängt an mit „Die Akropolis — die Weltgeschichte Europas beginnt“ und endet mit „Der Berliner Tiergarten — der Griff nach dem Herzen Europas“. Dazwischen gibt es, um der Raumerparnis halber nur einige zu nennen, „Das Kolosseum — Das Kreuz überwältigt die Götter“, „Die Karlskapelle zu Aachen — Das Heilige Römische Reich Deutscher Nation“, „Florenz — Piazza de.Ua Signoria — Die Melancholie des Gottesstaates auf Erden“, „Die Prager Burg — Das böhmische Signal zum Glaubenskrieg der dreißig Jahre“, „Versailles — Die Sonne des Europäischen Absolutismus“, „Paris — 14. Juli 1789 (Die Bastille) — Die Legende von Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“, „Manchester — Das schwarze Meisterwerk der industriellen Revolution“, „Die Paulskirche — Die unvollendete Revolution der Deutschen“, „Verdun 1916 — Die Knochenmühle des totalen Krieges“, „Das Winterpalais zu Petersburg — Der Bolschewismus betritt die Bühne der Welt“.

Diese Seiten zuzüglich eines kurzen Vorwortes stellen so etwas wie das Knochen-

gerüst des Buches dar; das Fleisch ist eine Auswahl von dem, was Besucher oder Bewohner der „Stätten“, gelegentlich auch was Historiker über deren Bedeutung oder auch nur über ihre eigenen Eindrücke zu sagen hatten. Im Kapitel über die Akropolis fangen die zitierten Autoren mit *Herodot* und *Plutarch* an, und *Chateaubriand*, *Lamartine*, *Flaubert*, *F. Th. Vischer*, - *J. P. Fallermeyer*, *Gerhart Hauptmann*, *Henry Miller* und *Malraux* führen die Reihe weiter; natürlich fallen bei neueren Ereignissen die älteren Autoren fort. Aber in jedem Falle, so kurz auch der Zeitraum wird, aus dem die Autoren zitiert werden können, ist es Haerdter gelungen, Berichte verschiedenster Färbung zu bringen; ein Zeitgenosse sieht dieselbe Sache anders an als ein Besucher aus einer späteren Generation; Angehörige verschiedener Parteien oder Nationen, ja, Frauen oder Männer, sehen dieselbe Sache auf verschiedene Weise.

Das so entstehende Buch zeichnet sich daher durch Lebendigkeit und Reichtum an Gesichtspunkten aus und ist auf diese Weise ungewöhnlich anregend. Es fordert den Leser fortgesetzt heraus. Zunächst ist die Auswahl der „Stätten“ subjektiv — wo gibt es objektive Geschichtsschreibung? — und man fragt sich, ob sie wirklich die symbolhaftesten der europäischen Geschichte sind; hat Haerdter immer die Bedeutung der „Stätten“ richtig gesehen — z. B. beruht die Bedeutung der Piazza della Signoria wirklich in erster Linie darauf, daß dort *Savonarola* verbrannt wurde; ist das Konstanzer Konzil als Aufstand gegen die Hierarchie zu bewerten? Haben wohl alle zitierten Autoren etwas auszusagen, das unser Verstehen des Geschehenen erweitert oder vertieft?

Aber es scheint mir, daß gerade das Kontroverse des Buches seinen besonderen Wert darstellt; es ist lebhaft geschrieben, ja beinahe spannend, es unterhält und gibt Anregung für jeden, der ein wenig Interesse für europäische Geschichte hat.

Schöne, gut reproduzierte alte Stiche, Zeichnungen, Gemälde schmücken das Buch; ein Namensregister und ein Nachweis der benutzten Literatur schließen es ab.

Dr. R. Sivron-Hoffnung

WALTER WISSHAUPT

WIR KOMMEN WIEDER

Eine Geschichte der Revolutionären Sozialisten österreichs 1934—1938. Vorwort von Bruno Kreisky. Verlag der Wiener Volksbuchhandlung, Wien 1967. 220 S., 78 öster. Schill.

Nach dem Zusammenbruch der Weimarer Demokratie hatten sich die österreichischen Sozialisten geschworen, unter keinen Umständen kampfflos unterzugehen. Sie haben sich an die-

ses Versprechen gehalten, aber die Umstände wollten es, daß sie im Kampf um die Erhaltung der Demokratie nicht von ihrem eigentlichen Feind, dem deutschen Nationalsozialismus, geschlagen wurden, sondern von dem austrofaschistischen System *Dollfuß*, das damit freilich *Hitler* ungewollt den späteren Weg nach Österreich erleichterte.

Die Niederlage einer so großen und einsetzsfähigen Bewegung hat in den Arbeitermassen für einige Jahre den Glauben an die Demokratie als den einzigen möglichen Weg erschüttert und sie nach neuen Lösungen suchen lassen. So entstand die illegale Bewegung der „Revolutionären Sozialisten“, in der es die lebhaftesten Diskussionen über neue Wege und neue Methoden gab, bis die Brutalität des siegreichen Nationalsozialismus diese Stimmen vorübergehend zum Verstummen brachte.

Über die illegale gewerkschaftliche Arbeit gegen das *Dollfuß-* und *Schuschnigg-Regime* hat *Otto Leichter* bereits ein höchst informatives Werk veröffentlicht. Dazu kommt nun *Walter Wisshaupt*s Versuch, die Geschichte der Bewegung der Revolutionären Sozialisten zu schreiben. Dr. *Wisshaupt*, 1921 in der Tschechoslowakei geboren, spricht nicht aus persönlicher Erfahrung, aber er hat aus Archiven, illegalen Zeitschriften und Unterhaltungen mit überlebenden Funktionären ein ungeheures Material gesammelt, das Rohstoff für eine später zu schreibende definitive Geschichte der Bewegung bleibt.

Die Situation im Österreich der Jahre 1934 bis 1938 war einmalig, so daß sich aus den Erfahrungen von damals an sich keine allgemeingültigen Schlußfolgerungen ziehen lassen, so großes historisches Interesse sie auch beanspruchen mögen. Aber ein Punkt ist auch für die Gegenwart belehrend. Es ist nicht unverständlich, daß damals viele Illusionen über die Möglichkeit aufkamen, mit den Kommunisten, die vom gleichen Gegner geschlagen worden waren, zu einer gewissen Verständigung, wenigstens zu einem Nichtangriffspakt, zu gelangen. *Wisshaupt* zeigt, daß das Verhalten der Kommunisten auch dieses beschränkte Ziel vereitelte; die illegale Gruppe der Revolutionären Sozialisten mußte sich der ständigen Angriffe der gleichfalls illegalen Kommunisten erwehren.

Dr. J. W. Brügel

GEORG WILHELM ENGLER VOR AKTIEN WIRD GEWARNT

Sind Volksaktionäre die Radikalen von morgen? Scherz-Verlag, Bern und München 1967. 320 S., Ln. 28,— DM.

Dies ist ein Buch, das möglichst viele Gewerkschafter lesen sollten, insbesondere die Kollegen, die sich mit Fragen der Eigentumsbildung befassen. Von nun ab sollte das viel-

zitierte Wort des Bankiers *Fürstenberg*, wonach die Aktionäre dumm und frech seien (dumm, weil sie den Aktiengesellschaften ihr Geld geben; frech, weil sie dafür auch noch was haben wollen), abgewandelt werden: es gilt nur für Klein- und Volksaktionäre. Die „großen“ Aktionäre sind keineswegs dumm, aber doppelt frech, weil sie im Zusammenspiel mit den Banken sich nicht selten bedenkenlos über die Interessen der „kleinen“ hinwegsetzen.

Viele Belege dafür gibt *Engler* in seiner Schrift, die den kennzeichnenden Titel führt „Vor Aktien wird gewarnt“. *Engler* hat als Düsseldorfer Rechtsanwalt und Anlageberater die Interessen von Aktionären und Sparern gegenüber den Aktiengesellschaften und Banken vertreten und bringt eine Fülle von Sachkenntnis in sein Buch ein. Wie *Kurt Heinig* die Finanzskandale des Kaiserreiches schildert und *Morus (Levinsohn)* in seinen Büchern den Vorhang vor den Finanzmanipulationen der Weimarer Republik hinweggezogen hat, so gibt *Engler* in wirkungsvoller Ergänzung von *Pritzkoheit* erstmals eine zusammenfassende Geschichte der bekanntesten Aktien- und Börsenaffären der Bundesrepublik.

Auch wer nicht darauf aus ist, besondere Einzelheiten und Enthüllungen über den Feldmühle-Fall, die GBAG oder über *Boswau & Knauer* zu erfahren, sondern mehr in das Grundsätzliche gehende Informationen wünscht, wird auf seine Rechnung kommen. Eingehend schildert *Engler* die drei Risiken, denen eine Aktie vornehmlich ausgesetzt ist: nämlich 1. das Kursrisiko, 2. das Unternehmer- und 3. das Eigentumsrisiko.

Er weist nach, daß die „weitgehende Konzentrierung und Konzentrierung des Aktienbesitzes in Deutschland das Kursrisiko für den gewöhnlichen Aktiensparer wesentlich erhöhen muß“ (S. 52) und schlußfolgert, daß die amtlich geförderte Ausbreitung des Aktienbesitzes „neue politische Verantwortlichkeiten für Regierung und Notenbank“ bringt. Er betont, daß der sogenannte Publikumsaktionär in vollem Umfang das unternehmerische Risiko trage, „ohne an den Entscheidungen des geschäftsführenden Organs beteiligt zu sein“ (S. 58) und fordert daher richtig, daß der Gesetzgeber ihm wirkungsvollere Kontroll- und Informationsrechte zugestehen müsse, falls er — wie beim Volksaktienexperiment verheißen — Dauereigentum an Aktien schaffen wolle. *Engler* belegt auch, wie sich Insider „ohne Rücksicht auf gesetzliche oder statutarische Bestimmungen ... auf Kosten der übrigen Aktionäre bereichern“ (S. 92), was sich seit Jahrzehnten ereignet habe und auch durch das neue Aktiengesetz nicht verhindert werde.

Es ist ein hartes Urteil, wenn *Engler* erklärt, daß die Zahl der Fälle, in denen Vorstände gegen zwingende Publizitätsvorschriften ver-

stießen, „immer recht hoch gewesen“ sei und es die Banken „nie als ihre Aufgabe angesehen haben“ (S. 96) in solchen Fällen die Verwaltungen anzuhalten, unzutreffende Angaben zu ergänzen. „Der Mißachtung des Kleinaktionärs auf der einen Seite steht die Unterstützung der Großaktionäre durch die Banken gegenüber“ (S. 126). Noch härter ist das Urteil, daß bei den deutschen Börsenhändlern „Regeln fairen Verhaltens“ nicht einmal andeutungsweise existieren: „Ohne Übertreibung läßt sich sagen, daß die Großbanken für die unbefriedigenden Zustände in unserem Wertpapierwesen in erster Linie verantwortlich sind“ (S. 271), „sie kontrollieren die Effektenbörsen und beherrschen . . . auch noch das Investmentwesen.“

Vieles von dem, was Engler an Einsicht und Kritik bringt, könnte auch von Gewerkschaftern geschrieben sein. Um so erstaunlicher ist es, daß Engler offenbar die gewerkschaftliche Kritik an der Volksaktie und der mit ihrer Hilfe betriebenen Privatisierung nicht kennt oder nicht sehen will. Was er insbesondere zur Volksaktie und zur Rolle des Volksaktionärs durchaus richtig sagt, ist von unserer Seite und insbesondere in meinen Büchern „Die Volksaktie — Neuland oder Irrweg?“ (1958), „Die Komödie der Privatisierung“ (1959) und „Das Experiment der Volksaktie“ (1961) schon Jahre zuvor ausführlich dargelegt worden und wird nun von Engler aus seiner Sicht nachhaltig bestätigt.

Zur Behebung der jetzigen Mißstände im Aktien- und Börsenwesen schlägt Engler eine Reihe von gesetzlichen Reformen vor, insbesondere die Errichtung eines Aktienaufsichtsamtes nach dem Vorbild der Banken- und Versicherungsaufsichtsämter. Mit diesen Vorschlägen werden sich auch die Gewerkschaften auseinanderzusetzen haben.

Allerdings wäre es ein Irrtum, anzunehmen, daß nur durch eine neue Art von Aktienaufsicht und eine gewisse Bankenreform — also von außen — mehr Schutz für Kleinaktionäre und damit bessere Voraussetzungen für die Volksaktie zu schaffen seien. Das ist gewiß wichtig, Engler übersieht aber, daß damit nur ein Teil des Problems, „Eigentum für alle“ zu schaffen, angesprochen wird, eines Problems, bei dem es sich keineswegs nur darum handelt, daß „kleine Leute“ anstelle von Spareigentum auch Aktieneigentum erwerben können.

Auch die Reform der Unternehmensverfassung, die von einer Reform des Aktienwesens kaum zu trennen ist, wird von ihm nicht erwähnt. Hingegen sollte über die von Engler und von vielen anderen seit langem geforderte Trennung zwischen Kreditbanken und Wertpapierbanken künftig noch mehr als bisher nachgedacht werden. Wie auch immer: ein interessantes und anregendes Buch!

Dr. Kurt Hirche

EBERHARD SCHULZ
AN ULBRICHT FÜHRT KEIN
WEG MEHR VORBEI

Provozierende Thesen zur deutschen Frage. Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg 1967. 264 S., Ln. 19,80 D-Mark.

WELLES HANGEN
DDR — DER UNBEQUEME NACHBAR

Aus dem Amerikanischen von Helmut Degner. Mit einem Vorwort von Hans Schuster. R. Piper & Co. Verlag, München 1967. 212 S., kart. 11,80 DM.

Als tabu gelten in Bonner Regierungskreisen immer noch die Mittel und Wege, die Dr. *Eberhard Schulz* für die einzige Chance zur Annäherung der beiden deutschen Staaten und zu einer Entspannung in Europa hält. Der stellvertretende Direktor des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik in Bonn analysiert nüchtern die gegenwärtige Situation und die sich daraus ergebenden Möglichkeiten für eine deutsche Ostpolitik: Alle osteuropäischen Satellitenstaaten sind, unabhängig von ihrem wachsenden innerpolitischen Individualismus, gezwungen, außenpolitisch mit Moskau konform zu gehen.

Es ist daher sinnlos, einen Staat gegen den anderen ausspielen zu wollen, mit dem Hintergedanken, den Ostblock aufzuspalten und die DDR zu isolieren. Das Sicherheitsbedürfnis und die Ressentiments Ost- und Südosteuropas sind aus geschichtlicher Erfahrung wohlbegründet. Polen und die Tschechoslowakei werden erst dann Vertrauen zu uns gewinnen können, wenn wir die bestehenden Grenzen anerkennen und auf atomare Mitbestimmung verzichten. (Diese Zusammenhänge werden vom Verfasser gründlich und ausführlicher, als der Titel des Buches vermuten läßt, erläutert.)

Diplomatische Beziehungen zu allen Ostblockstaaten und deren Hineinwachsen in eine aufgelockerte EWG bei vorläufigem Beibehalten des militärischen Status quo sind ein anzustrebendes und durchaus mögliches Ziel. Um Verhandlungen mit der DDR auf Regierungsebene und um die Respektierung ihres Territoriums kommen wir nicht herum.

Der Alleinvertretungsanspruch kann heute nur noch so verstanden werden: Verhandeln, um das Los der Menschen drüben zu verbessern. Ein innerdeutscher Lastenausgleich, gerechtfertigt durch die hohen Reparationsleistungen der DDR an die Sowjetunion, würde den Unterschied im Lebenshaltungsniveau, ein entscheidendes Fluchtmotiv, aufheben. Schließlich muß erwogen werden, bei freiem Reiseverkehr die Aufnahme von Flüchtlingen, ausgenommen politisch Verfolgte, für einen begrenzten Zeitraum zu verweigern. Der Autor nennt diese Maßnahme eine Art Notstandsgesetz, bei dem es „um die Wiederherstellung

eines höheren Rechtsgutes durch zeitlich begrenzten Verzicht auf ein minderes Rechtsgut" geht. (S. 219)

Die *Schollwer-Studie* der FDP und Analysen von *Peter Bender* enthalten fast die gleichen Vorschläge; die Diskussion ist im Gange. Dr. Eberhard Schulz hat einen sachlich abwägenden, durch Quellenhinweise ergänzten Beitrag geleistet.

Einen in der politischen Einschätzung ähnlichen, in der Ausführung jedoch mangelhaften Bericht gibt der junge amerikanische Journalist *Welles Hangen*. Wiederholt reiste er während der letzten 12 Jahre in die DDR, besuchte LPGs und VVBs, sah sich in Dresden, Leipzig, Weimar und Berlin um und sprach mit Wirtschaftsführern, Künstlern und einfachen Bürgern. Für eines der wichtigsten Länder Europas, wenn nicht der Welt, hält er diesen zweiten deutschen Staat, in dem sich ein zumindest gleiches Wirtschaftswunder ereignet hat, dessen Bewohner beginnen, stolz auf das Geleistete zu sein und die Bundesrepublik nicht mehr nur mit Neid, sondern auch mit kritischen Augen zu betrachten.

Am stärksten beeindruckte ihn die von *Erich Apel* nach den Ideen des Charkower Professors *Lieberman* entwickelte Wirtschaftsreform, das neue ökonomische System, „eins der revolutionärsten Experimente in der kommunistischen Welt seit der Entstalinisierung". (S. 77) Ein Stab von jungen Wirtschaftsführern und Politikern wird einmal *Ulbricht*, den „letzten Apparatschik", ablösen: „Die neue geistige, technische und wissenschaftliche Elite der DDR schließt sich immer fester gegen den Stalinismus und die alte Garde zusammen. Sie strebt keine Rückkehr zum Kapitalismus an, sondern einen humanen, demokratischen Sozialismus mit Bindungen an den Westen ebenso wie an den Osten." (S. 197)

Eine Wiedervereinigung oder auch nur eine Konföderation sieht Hangen in weiter Ferne. Den USA und der Bundesrepublik empfiehlt er eine Politik des Brückenschlagens, die zu direkten Verhandlungen mit der DDR-Regierung führen muß. Eine Übereinkunft „würde sicherlich gewisse Beschränkungen hinsichtlich der Einwanderung von Mitteldeutschen in die Bundesrepublik enthalten". (S. 211)

Nun zu den schon erwähnten Mängeln: Der Autor arbeitet mit einer Fülle von Zahlen und Statistiken, ohne die Quellen anzugeben. Die Zahl der Flüchtlinge seit 1950 nennt er mit 3 700 000 (S. 164, 190); die amtlichen Zahlen liegen rund 1 Million tiefer. Die Heimat der Sorben (Wenden) verlegt er in die südwestliche Ecke Mitteldeutschlands (S. 30); sie leben im Südosten. Ehemalige Nazis in hohen Regierungsstellen seien in der DDR ebenso häufig wie in der Bundesrepublik, schreibt Hangen und nennt u.a. *Hans Bentzien* (S. 158); dieser, geb. 1927, wird selbst in Nachschlage-

werken des Ministeriums für Gesamtdeutsche Fragen nicht als Mitglied der NSDAP genannt. Es stimmt sicher nicht ganz, daß die Dorfbewohner der DDR im Winter um 17.30 Uhr schlafen gehen „oder wenigstens so tun" (S. 89), daß es in Ostberlin mehr Betonmischmaschinen gibt als Autos, die westdeutschen inbegriffen (S. 59), daß der Geruch von Lysol, Bratenfett und billigen Zigaretten sowie schmutzige Tischtücher typisch für die DDR sind (S. 117), und daß der durchschnittliche Mitteldeutsche immer noch ein nur kärgliches Frühstück einnehmen kann (S. 79). Für eine ausgesprochen ideologische Interpretation hält es Hangen, wenn *Goethe* im Zusammenhang mit seinem „Prometheus" ein Atheist genannt wird, und wenn *Shakespeares* „Richard III." von einem DDR-Schauspieler „als ein Mann dargestellt werden muß, der auch vor dem teuflischsten Verbrechen nicht zurückschreckt" (S. 105/106).

Diese und ähnliche Beispiele mindern den Informationswert des Buches, das zudem gegenüber bereits vorliegenden Berichten (z. B. von *M. Gräfin Dönhoff*, *R. W. Leonhardt*, *Th. Sommer*, *Ernst Richert* und *H. Apel*) nichts wesentlich Neues enthält. *Eva Lorenz*

ANTHONY NUTTING GORDON VON KHARTUM

Abenteurer und Märtyrer. Aus dem Englischen übertragen von Lucian Meysels. Verlag Fritz Molden, Wien 1967. 324 S., Ln. 19,80 DM.

PETER TOMPKINS VERRAT AUF ITALIENISCH

Italiens Austritt aus dem zweiten Weltkrieg — Aus dem Amerikanischen übertragen von Tibor Simanyi. Verlag Fritz Molden, Wien 1967. 344 S., Ln. 23,50 DM.

Charles Gordon (1833—1885) gehört in die Reihe der Männer, die das englische Imperium in den vergangenen Jahrhunderten, angefangen mit *Oliver Cromwell* und beendet mit *Winston Churchill*, aufgebaut und verteidigt haben. Die vorliegende Biographie ist gekennzeichnet durch den Widerspruch, der sich zwischen dem Beauftragten einer skrupellosen Oberschicht und den konträren gesellschaftspolitischen Notwendigkeiten zwangsläufig ergibt. Gordon muß den Tai-ping-Aufstand in China niederschlagen, obwohl er als gläubiger Christ die urchristlichen Vorstellungen und Absichten dieser bäuerlichen Revolutionäre versteht und vor sich selber rechtfertigt. Er soll den Sklavenhandel im Sudan beseitigen und muß mit den Kreisen paktieren und sich widerwillig verständigen, die an diesem blutigen Geschäft mit oder ohne Sklaverei tagaus, tag ein Riesensummen verdienen. Hier liegt der Schlüssel für das Sprunghafte und Inkonsequente seines Wesens, das sich schließlich zur Todessehnsucht verdichtet und sein Ende im Mahdi-Aufstand herbeiführt.

Während *Anthony Nutting* seinem „Helden“ ehrliche Absichten zubilligen kann, ist *Peter Tompkins*, der Autor des Buches „Verrat auf italienisch“, weder in der Lage noch (mit Recht) gewillt, die schurkischen Nachfahren der Condottieri des zweiten Weltkrieges in Italien in Schutz zu nehmen. Es ist ein wahrer Abgrund von Niedertracht, der sich da vor den Augen der Weltöffentlichkeit auftut. Es gibt wohl kaum einen Vorgang, der die moralische Verkommenheit einer korrupten Oberschicht derart ins Schlaglicht rückt wie dieses Stück Kriegsgeschichte auf dem Boden Italiens. Was damals „Verrat auf italienisch“ war, ist heute im gleichen Ausmaß und genauso zu Lasten der Unterdrückten etwa „Verrat auf vietnamesisch“, und das wird so bleiben, solange die „ultima ratio“ dieser vom Zeitgeschehen längst überholten Herrschaftsstruktur der Krieg ist.

Hermann Lücke

THEODOR PLIEVIER DES KAISERS KULIS

Roman. Verlag Kurt Desch, München 1966. 280 S., Ln. 19,50 DM.

Für die jüngere Generation ist der deutsche Schriftsteller Theodor Plievier (1892—1955) vor allem der Autor der großen Trilogie „Moskau—Stalingrad—Berlin“, die er während des zweiten Weltkrieges begann und 1954 abschloß; in einem Band von 1500 Seiten vereinigt liegt sie mit dem Untertitel „Der große Krieg im Osten“ in einer Sonderausgabe des Kurt Desch-Verlages vor.

Aber schon ein Vierteljahrhundert vorher trat Plievier mit dem Roman „Des Kaisers Kulis“ in die erste Reihe der Schriftsteller, die — im allgemeinen erst zehn, zwölf Jahre nach Kriegsende — das Erlebnis des ersten Weltkrieges gültig gestalteten. Mit diesem Roman gewann Plievier im Bewußtsein der damals jüngeren Generation einen festen, unverwechselbaren Platz, den er sich auch über die Tausend Jahre hinweg bewahrt hat: darum war es nur selbstverständlich, daß „Des Kaisers Kulis“ schon 1949, unter noch schwierigen Bedingungen, in einer rasch vergriffenen Neuauflage wieder erschienen — und darum ist es gut, daß diese, damals von Plievier überarbeitete Fassung jetzt wieder für einen großen Leserkreis erreichbar ist.

Genau fünfzig Jahre trennen uns von den Ereignissen, die Plievier in diesem „Roman der deutschen Kriegsmarine“ schildert: im Sommer 1917 brach auf einigen deutschen Kriegsschiffen eine Hungerrevolte deutscher Matrosen aus, die verständnislos und blutig unterdrückt wurde — die Rädelsführer, der Heizer *Alwin Köbis* und der Obermatrose *Max Reichpietsch*, deren Erinnerung heute in west- und ostdeutschen Straßennamen festgehalten ist, wurden am 25. August 1917 vom Kaiserlichen Marine-Kriegs-

gericht zum Tode verurteilt und im Morgengrauen des 5. September 1917 auf dem Schießplatz Wahn bei Köln erschossen ... „Sie starben am Rande der verheißenen Zeiten“ (*Ernst Toller*) — vierzehn Monate später war endlich der Krieg zu Ende, unter dem sie und ihre Kameraden so grausam gelitten hatten.

In dem allgemeinen Leiden des Krieges war das Leiden der Matrosen und Heizer der Kriegsmarine ein besonderes Kapitel: im sturen Kasten-Geist der Offiziere, im abstumpfen, sinnlosen und oft grausamen Drill wurden ihnen so unnötige wie empörende Demütigungen zugefügt; daher war es kein Zufall, daß mehr als eine revolutionäre Erhebung (so auch 1905 in Rußland) auf den Kriegsschiffen begann oder ihren Höhepunkt erreichte.

Plievier, selbst viele Jahre Matrose, kannte das Leben auf diesen Schiffen aus eigener Anschauung; er konnte aus eigenen Erlebnissen schöpfen, die er — ein deutscher *Zola* — durch gründliches Studium aller erreichbaren Dokumente untermauerte. So entstand ein Roman, der als packende Erzählung, mit vielen runderum lebendigen Einzelgestalten und großartig echten Dialogen, wie als Zeitdokument noch für manche Generation seinen hohen Wert behält.

Dr. Walter Fabian

EDMUND C. BERKELEY DIE COMPUTER-REVOLUTION

Elektronengehirne, Automation und Gesellschaft. Europäische Verlagsgesellschaft, Frankfurt a. M. 1966. 247 S., Ln. 25 DM, kart. 20 DM.

Auf dem deutschen Büchermarkt herrscht kein Mangel an Schriften, die in die elektronische Datenverarbeitung einführen. Darunter sind so ausgezeichnete Werke wie „Automat und Mensch“ von *Karl Steinbuch*, „Kybernetische Maschinen“ von *Helmar Frank* (Hrsg.), „Automation“ von *Martel Gerteis* und „Was denkt sich ein Elektronengehirn?“ von *Rolf Lohberg / Theo Lutz*. Wenn wir dennoch die Übersetzung des Buches von *Berkeley* „Die Computer-Revolution“ jedem Interessierten sehr zum Studium empfehlen, so vor allem deshalb, weil dieser amerikanische Wissenschaftler nicht nur den technischen Bereich des hier angesprochenen Fragenkomplexes didaktisch geschickt darstellt, sondern darüber hinaus auch den gesellschaftlichen Auswirkungen der Automation — ihrer Bedeutung gemäß — Rechnung trägt. Gerade in der Bundesrepublik, wo Regierung und Arbeitgeber die möglichen sozialen Folgen einer fortschreitenden Automation immer noch und immer wieder bagatellisieren, tut Aufklärung not. Berkeley gibt sie.

Insbesondere in den Kapiteln 11 und folgende („Krieg und Rechner“, „Frieden und Rechner“): Hier plädiert Berkeley für die Ent-

wicklung einer wissenschaftlich fundierten Friedentechnik. In „Arbeitsmarkt und Rechner-technik“, „Gesellschaft und Rechner“ sowie im Teil IV des Buches „Die gesellschaftliche Verantwortung der Rechner-Fachleute“ geht der Verfasser eingehend und mit begrüßenswerter Aufgeschlossenheit auf gesellschaftspolitische Konsequenzen des sich in der Automation manifestierenden technischen Fortschritts ein. Diese Kapitel sollten Pflichtlektüre sein für alle, die im politischen, wirtschaftlichen und sozialpolitischen Raum Verantwortung tragen. Als Basis für weiterzuführende eigene Gedanken, versteht sich, nicht als einfach zu kopierendes Patentrezept. Daß sich Berkeleys Buch hierzu eignet, obgleich es bereits 1961 in den USA veröffentlicht wurde, macht den time-lag deutlich, der in Fragen der Automation hierzulande vorherrscht. Informationen, wie sie der Autor vermittelt, sind für viele maßgebende Leute bei uns leider noch Neuland. Den genannten Vorzügen gegenüber fallen die Mängel der deutschen Übersetzung nicht so sehr ins Gewicht. Es bleibt aber doch wohl unverzeihbar, daß in der am Ende des Buches veröffentlichten Bibliographie nur Veröffentlichungen amerikanischer Autoren angeführt werden; Veröffentlichungen noch dazu, die in deutscher Übersetzung nicht vorliegen. Es hätte doch gewiß nur einer geringen Mühe-waltung bedurft, hier weiterführende deutschsprachige Literatur zu nennen. *Günther Heyder*

HERIBERT ADAM

STUDENTENSCHAFT UND HOCHSCHULE

Möglichkeiten und Grenzen studentischer Politik. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt am Main 1965. 135 S., kart. 14,— DM.

Die Studenten gehören zu jenen Zwischenschichten, die sich nicht ganz einordnen lassen in das Gefüge unserer verwalteten Gesellschaft. Ihre Außenseiterstellung wird ebenso abgelehnt wie ihre Versuche, sich in die verwaltete Welt einzufügen. Vielleicht hängt das damit zusammen, daß sie durch ihr Dasein einerseits daran erinnern, wie gern man selbst noch lernen und ein wenig freier und spontaner leben würde, andererseits darauf aufmerksam machen, wie unrationell, wie sehr auf die Stabilität überkommener Herrschaftsverhältnisse unsere gesellschaftliche Ordnung angelegt ist. Es gibt viele Gründe, überall dort, wo freies Lehren und Lernen behindert wird, Interesse an der Erhaltung böser Zustände zu wittern.

Einen ausgezeichneten soziologischen Beitrag zur Erforschung der Stellung der Studenten in unserer Gesellschaft hat Heribert Adam geliefert. An Hand der Ergebnisse der Befragung von 173 Studentenvertretern aller westdeut-

schen Hochschulen untersucht er Möglichkeiten und Grenzen studentischer Politik, wie sie sich in deren Aktivität und Selbstverständnis zeigen. Die Auffassungen der Studentenvertreter über Beteiligung an Straßendemonstrationen und Resolutionen zur offiziellen Politik, über die studentische Mitwirkung in der akademischen Selbstverwaltung und die Tätigkeit in ihren eigenen Organen, dem Parlament, den Allgemeinen Studentenausschüssen und ihrer Bonner Interessenorganisation konfrontiert er mit den oft entgegengesetzten Meinungen der Professoren.

Strittig ist vor allem, wie weit die „universitäre Demokratie“ gehen soll. Streben die Studenten sowohl eine Erweiterung ihrer Mitwirkung in der akademischen Selbstverwaltung wie eine Rationalisierung des Lehr-Forschungsbetriebes an, so verschanzen sich andererseits zahlreiche Professoren hinter der Autonomie der Hochschule als institutionelle Sicherung überalterter Organisationsformen. Hinsichtlich ihrer Herrschaftsstruktur sind die deutschen Universitäten Überbleibsel aus der Feudalzeit. Sie sind ständische Körperschaften, deren Autonomie manchmal eine Autonomie von der Demokratie, von der Kontrolle durch die Öffentlichkeit ist. Das wird leicht übersehen, weil hierzulande nur zu oft Autonomie an sich mit demokratischer Selbstverwaltung verwechselt wird. Was das für die Freiheiten der Studenten bedeutet, die schließlich in ihrer überwiegenden Mehrheit als volljährige Staatsbürger das aktive Wahlrecht besitzen, hat Heribert Adam in seinem Buch nur zu gut belegt.

Die zweite kontroverse Frage bezieht sich darauf, wie weit die politische Aktivität der Studenten gehen darf. Adam weist darauf hin, daß das „politische Mandat der Studentenschaft“ eigentlich nur dann und dort bestritten wird, wo es mit der Regierungspolitik nicht übereinstimmt. Er meint, die Mehrheit der Studentenvertreter stehe heute im Streit um ihr politisches Mandat auf der Seite der Professoren und lehne selbst ein konkretes politisches Engagement ihrer Organisation ab (S. 43). Das ist gewiß richtig, kann aber auch da und dort anders sein. Interessanterweise haben z. B. progressive politische Gruppen an der Freien Universität Berlin bei den letzten Konventswahlen beträchtliche Stimmengewinne erzielt, obwohl ihre politische Aktivität leicht erkennbar über die Vertretung bloß studentischer Interessen hinausreichte. Keinesfalls haben sie sich, wie es in der konservativen Presse hieß, ihr Mandat erschlichen. Gerade diese Presse hat sich ja — wenn auch nicht immer sehr redlich — bemüht, das politische Engagement dieser Studentengruppen an die große Glocke zu hängen. Nach offizieller Auffassung soll die „Nähe zum Hochschulzweck“ über die Zulässigkeit politischer Stellungnahmen der Studentenvertretung entscheiden. Für

Adam (und auch für mich) bleibt unerfindlich, wie dieses Kriterium „mit einer Praxis vereinbar ist, in der die Universität einerseits Kundgebungen zum 17. Juni veranstaltet, andererseits aber Meinungsäußerungen zur Wiederaufrüstung der Bundesrepublik oder Ostbeziehungen der Studentenschaft für unzulässig erklärt“ (S. 51).

Leider sind die Befürchtungen der konservativen Herren hinsichtlich der politischen Beteiligung der Studenten übertrieben. Wie schon *Habermas* in „Student und Politik“ feststellen mußte, verhält sich die Masse der Studenten systemkonform. Kaum interessieren sich die Durchschnittsstudenten für jene Hinweise, die *Max Horkheimer* den Studentenvertretern auf dem 3. Deutschen Studententag 1954 in München gab, damit „der idiotische Druck auf den einzelnen Studenten“ vermindert werde: „Ich denke nicht zuerst an die Mitwirkung in der Verwaltung des Gemeinschaftslebens, an die Universitätsfeste und Studentenhäuser, im Grunde ist auch das noch äußerlich. Wichtiger schon ist die zeitgemäße Ausgestaltung des Lehrplans, die Verringerung des geisttötenden Zwangs, die furchtbaren Stoffmassen aufzunehmen, auch wo sie gar nicht nötig sind, die Erleichterung des Studierens außerhalb der eigenen Fakultät, die Stärkung solcher Fächer, die zur Urteilsbildung über menschliche Probleme beitragen und auch zum Avancierten und Umstrittenen in Theorie und Kunst noch kompetent und liebevoll hinführen ... Wie von Professoren, kann auch von Studenten die insistente Forderung und der produktive Vorschlag in Fragen des Lehrplans

und der Prüfungsordnungen ausgehen“ (zit. nach Adam S. 9).

Adam vergleicht die Funktion der Studentenvertretung mit der des Betriebsrates. Seiner Auffassung nach „kanalisiert die Institution einer Studentenvertretung mögliche Unzufriedenheiten im internen Hochschulbereich. Die Beteiligung der Studentenschaft an der akademischen Selbstverwaltung nimmt den schwerlich ganz abzuweisenden Reformbestrebungen die Spitze; sie beugt studentischer Renitenz vor und liefert den Schleier für eine Praxis, an der ihre Gegner mitverantwortlich¹ beteiligt sind. Die studentische Organisation wirkt, ähnlich einem Betriebsrat, integrierend und stabilisierend, indem ihr zweitrangige Aufgaben, studentische Angelegenheiten im organisatorischen Sinne, übertragen werden“ (S. 39). Wenn dem so ist, besteht dann nicht auch ein Zusammenhang zwischen dem Kampf um die Demokratisierung der Hochschule und die Demokratisierung der Wirtschaft, verdienen dann nicht jene studentischen Minderheiten, die um freie Selbstgestaltung des Studiums kämpfen und Widerstand leisten, wo Studenten „als Objekte von Prüfungen behandelt werden, als Konsumenten von Lehrstoff, der zu bestimmter Zeit schematisch reproduziert werden muß“, wo „sich akademisches Leben in der Wahl zwischen Massenvorlesungen erschöpft“, die Hilfe der Gewerkschaften, die in anderen Sektoren unserer Gesellschaft für ähnliche Ziele wirken? Mir scheint, daß heute die Solidarität zwischen Arbeitern, Studenten und Intellektuellen eine Lebensfrage unserer Demokratie geworden ist. *Prof. Dr. Wilfried Gottschalch*